



BDK-LV Schleswig-Holstein | Polizeizentrum Eichhof Mühlenweg 166 | 24116 Kiel

An den
Finanzausschuss sowie
Innen- und Rechtsausschuss
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Postfach 7121
24171 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 18/735

Ihr/e Zeichen/Nachricht vom

Ihr/e Ansprechpartner/in
Stephan Nietz

Funktion
Landesvorsitzender

E-Mail
stephan.nietz@bdk.de

Telefon
+49 (0) 431-1602980

Kiel, 29.01.2013

Stellungnahme zur Diskussion über die Übernahme des bevorstehenden Tarifabschlusses TV-L für die LandesbeamtInnen

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie wir in Erfahrung brachten, ist eine entsprechende Erörterung in Ihren Gremien beabsichtigt. Hierzu möchte der Bund Deutscher Kriminalbeamter SH die Gelegenheit zur Stellungnahme nutzen.

Das Infragestellen einer Übernahme der Tarifabschlüsse für den TV-L für die LandesbeamtInnen wird von hier strikt abgelehnt. Jedwede Diskussion in dieser Hinsicht bringt bereits negative Signale in Richtung derer mit sich, die sich zum Beispiel im Stadium der Entscheidung für eine Berufswahl befinden oder sich als hochqualifizierte Kräfte mit entsprechendem Erfahrungswissen in der Landesverwaltung Gedanken über berufliche Perspektiven und Alternativen machen.

Dass eine Konsolidierung des Haushaltes notwendig ist, verschließt sich auch nicht dem BDK. Allerdings werden bestimmte Personengruppen durch verschiedene Einspareffekte mehrfach betroffen, so dass es teilweise zu einer Überreizung kommt. Dadurch geht letztendlich möglicher Weise wirklich Bedeutsames verloren: Das Vertrauen der vereidigten Staatsdiener/innen in ihren Dienstherrn!

Für den Bereich der Polizei (sowohl Schutz-, Wasserschutz- als auch Kriminalpolizei) hat die intrinsische Motivation einen ohnehin nicht in geldwerte Vergütung zu entlohnende Bedeutung. Dieses gilt sicher in anderen Verwaltungsbereichen vergleichbar. Daraus jedoch abzuleiten, dass man auf dem Rücken dieser hochmotivierten Staatsdiener, die in Castor-Einsätzen, Mordkommissionen, bei Fußball- oder demonstrativen Veranstaltungen, sonstigen Großeinsätzen sowie der alltäglichen, bürgernahen Polizeiarbeit ihre Frau bzw. ihren Mann



stehen, beliebige Haushaltseinsparungen umsetzen könnte, ohne eine nachhaltig negative Auswirkung auf die Organisations- und Arbeitskultur der Landespolizei zu verursachen, ginge bei weitem fehl.

Das aus den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums hergeleitete Alimentationsprinzip mag man – wie sich anhand zahlreicher erheblicher sozialer Einschnitte bei der Beamtenbesoldung der vergangenen Jahre zeigte (Streichung Sonderzuwendungen, Ausgleichzulagen, Einführung Selbstbehalte in der Beihilfe, Eigenanteil zur Heilfürsorge... uva. mehr) – gerne in Frage stellen, aber dann bedürfte es eines politischen Bekenntnisses zu einer Abschaffung des Berufsbeamtentums - auch in den hoheitlichen Bereichen wie bei der Polizei?

In der Nachwuchsgewinnung hat der Kampf der Personalreferenten um die besten Schul- und Studienabgänger bereits lange begonnen. Nicht nur im Bildungsbereich, auch bei der Polizei können in SH nicht alle Stellen durch qualifizierte Berufsanfänger/innen besetzt werden. Mit Debatten über die Abkopplung der Beamten von der Entwicklung im sonstigen öffentlichen Dienst wird an empfindlicher Stelle Hand angelegt. Zumindest im Nordverbund sollten sich die Bundesländer da nicht wesentlich unterscheiden.

Der mit der Haushaltskonsolidierung einhergehende (und sicher noch zu verstärkende) Stellenabbau sorgt darüber hinaus ohnehin schon für eine Arbeitsverdichtung, die jedem Bemühen um betriebliche Gesundheitsförderung Hohn entgegen bringt. Die aktuelle Diskussion in den Medien um die (sowohl quantitativ als auch qualitativ zunehmenden) Krankenstände bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ist ein Beleg für die Ernsthaftigkeit der jetzt schon überstrapazierten Situation bei den Arbeitnehmer/innen generell und auch des öffentlichen Dienstes im Besonderen.

Für die in der Kriminalitätsbekämpfung Beschäftigten (die sicher auch eine Entsprechung in manchen anderen spezialisierten Arbeitsbereichen des öffentlichen Dienstes finden) ist in besonderer Weise auch die Gewinnung von so genannten „High-Potentials“ unter den Schul- und Studienabgängern von Bedeutung und deren Fortbildung zu Spezialisten sowie der Erhalt dieser Experten, um den immer größer werdenden Herausforderungen an die Qualität ihrer Arbeit gerecht werden zu können.

Anderenfalls ist mittelfristig eine umfassende Erosion aller Qualitätsmerkmale des öffentlichen Dienstes vorgezeichnet, die nicht im Interesse der freiheitlich-demokratischen Grundordnung sein kann.

Für Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Stephan Nietz

(Landesvorsitzender)